



Wirtschaft / Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt Bodensee als Ziel

Arbeitsämter beschliessen engere Zusammenarbeit

Die Arbeitsämter in den Ländern und Kantonen am Bodensee bilden künftig eine ständige Arbeitsgruppe mit dem Ziel, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Blick auf einen gemeinsamen Arbeitsmarkt Bodenseeraum zu intensivieren.

BI. Zusammenarbeit ist für die Arbeitsämter der in der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) zusammengeschlossenen Länder und Kantone nichts Neues. Sie bestand in loser Form und von Fall zu Fall schon bisher. Mit der Ratifizierung der bilateralen Verträge zwischen der EU und der Schweiz und der darin geregelten Freizügigkeit der Personen aber sind nun die Voraussetzungen für eine Öffnung und Vereinheitlichung des Arbeitsmarktes gegeben.

An der letzten Sitzung der Kommission Wirtschaft der IBK wurde deshalb eine Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt als institutioneller Rahmen für eine engere grenzüberschreitende Zusammenarbeit geschaffen. Mitglieder dieser Arbeitsgruppe sind die Ämter für Arbeit der Kantone Appenzell Auser- und Innerrhoden, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau und Zürich, das Amt für Volkswirtschaft des Fürstentums Liechtenstein, der Arbeitsmarktservice Vorarlberg sowie die Arbeitsämter Konstanz und Ravensburg in Baden-Württemberg und Kempten in Bayern. Auch die Zusammenarbeit mit den Institutionen benachbarter Regionen soll möglich sein. So ist das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit des Kantons Graubünden bereits in die Arbeitsgruppe eingebunden.

Vielseitiger Aufgabenkatalog

Wichtigste Aufgabe der Arbeitsgruppe ist nach Auskunft von Johannes Rutz, Leiter des Amtes für Arbeit des Kantons St. Gallen, die Schaffung eines transparenten Arbeitsmarktes Bodensee. Dazu gehören der gegenseitige Austausch von Informationen über die Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Aufbau von Informationsnetzwerken. Im Vordergrund stehen arbeits-, sozial- und steuerrechtliche Fragen der verschiedenen Regionen sowie Angebote und Möglichkeiten der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Die Arbeitsgruppe soll auch mithelfen, Zugangsbarrieren für Stellensuchende aus den verschiedenen Regionen zu beseitigen; zudem kann sie die Entwicklung grenzüberschreitender Bildungsangebote unterstützen. Vorgesehen ist schliesslich ein den ganzen Bodenseeraum umfassender Austausch von offenen Stellen und Stellensuchenden mit dem Ziel, einen eigentlichen Bodensee-Stellenmarkt zu schaffen.

"EURES Bodensee" beantragt

Um eine kontinuierliche Tätigkeit über längere Frist hinweg zu sichern ist in Brüssel bereits ein Gesuch für die Schaffung eines "EURES Bodensee" (EURES = European Employment Services) eingereicht worden, in der neben den Arbeitsämtern auch die Sozialpartner der beteiligten Länder vertreten wären. Damit könnte der Bodenseeraum ins grössere, den gesamten EWR umfassende

Koordinationsnetz der Arbeitsverwaltungen eingefügt werden und zugleich von den besonderen Strukturen der EURES in Grenzregionen profitieren. In diesem Rahmen, der auch ein ständiges Sekretariat einschliesst, wären zahlreiche Dienstleistungen möglich, wie sie bereits in andern Grenzregionen realisiert worden sind - Vorbilder sind für Johannes Rutz namentlich die EURES Interalp mit den Partnerländern Bayern, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg oder EURES Transtiroliä mit Nord- und Südtirol.

Als Beispiele solcher Dienstleistungen nennt Rutz etwa die Herausgabe einer gemeinsamen Broschüre für Grenzgänger oder besondere Informationsangebote für bestimmte Adressatengruppen wie Arbeitssuchende, Studenten und Lehrlinge, für Personalchefs und Unternehmungen, aber auch für Bildungseinrichtungen oder Arbeitnehmerorganisationen. Auch die Beschaffung von Basisinformationen etwa über die Entwicklung der Grenzgängerströme wären in diesem Umfeld möglich, desgleichen Untersuchungen zur grenzüberschreitenden Frauenarbeit oder über die Bereitschaft von Arbeitnehmern, in einem Nachbarland zu arbeiten.

Impressum:

Der Bodensee-Informationsdienst ist ein Mediendienst der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) - Kommission Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.)

Koordination:

Staatskanzlei des Kantons St. Gallen
Hildegard Jutz / Leiterin Kommunikation
Regierungsgebäude / CH-9001 St. Gallen
Email: hildegard.jutz@sk.sg.ch

Verantwortlicher Redakteur:

Peter E. Schaufelberger / Buchstr. 35 / CH-9000 St. Gallen
Fon: 0041-71-222-2601 / Fax: 0041-71-222-3510
Email: ibk-nachrichten@regio-bodensee.net

Vertrieb:

REGIO-Büro-BODENSEE
Benediktinerplatz 1 / D-78467 Konstanz oder Postfach 1914 / CH-8280 Kreuzlingen
Email: info@regio-bodensee.net / Internet: www.regio-bodensee.net